



17.12.2013 – 14:08 Uhr

ikr: Regierung verabschiedet den Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung des Staatspersonalgesetzes und weiterer Gesetze

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom 17. Dezember 2013 den Vernehmlassungsbericht zur Abänderung des Staatspersonalgesetzes und weiterer Gesetze verabschiedet.

Liechtenstein ist seit 1. Januar 2010 Mitglied der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (Groupe d'Etats contre la Corruption, GRECO). Im Rahmen der Evaluierung Liechtensteins hat die GRECO Verbesserungspotential in Bezug auf die Korruptionsvorbeugung in der öffentlichen Verwaltung festgestellt. Durch die gegenständliche Vorlage sollen die Empfehlungen von GRECO in das Staatspersonalgesetz übernommen werden. Unter anderem sollen Mitarbeitende im öffentlichen Sektor ermutigt werden, einen begründeten Korruptionsverdacht zu melden. Zu diesem Zweck soll auch der Schutz vor ungerechtfertigten Vergeltungsmassnahmen gestärkt werden. Ebenfalls werden neue Regelungen für den Übertritt von Staatsangestellten in die Privatwirtschaft in das Staatspersonalgesetz aufgenommen.

Die gegenständliche Vorlage soll zudem genutzt werden, um einige allgemeine Anpassungen im Staatspersonalgesetz, im Lehrerdienstgesetz und im Gerichtsorganisationsgesetz vorzunehmen. Diese Änderungen ergeben sich aus den bisherigen Erfahrungen in der Praxis und betreffen vorwiegend Zuständigkeitsfragen. Daneben sollen bestehenden Ungleichbehandlungen betreffend ungerechtfertigt gekündigte Personen beseitigt werden.

Kontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Andreas Fuchs
T +423 236 74 24

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100748915> abgerufen werden.